

## **Protokoll über die öffentliche Sitzung**

**des Gremiums: Beirat Blumenthal**

**am: 10.11.2014**

**Ort: Aula der Oberschule Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20, 28779  
Bremen**

Beginn: 19.10 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer:**

**Ortsamtsleiter:** Peter Nowack (Vorsitz)  
**Verwaltungsbeamter:** Malte Wolpmann  
**Verwaltungsbeamtin:** Heike Rohde (Protokoll)

### **Beiratsmitglieder:**

**Grete Klinkmüller**  
**Gabriele Kröger-Schurr**  
**Anke Krohne**  
**Karen Nieschlag**  
**Andreas Pfaff**  
**Alex Schupp**  
**Eike Schurr**  
**Helma Stitz**  
**Hans-Gerd Thormeier**  
**Gisela Zimmermann**

### **Es fehlten:**

**Heiner Böcker**, entschuldigt  
**Nils Christahl**, entschuldigt  
**Peter Geis**, entschuldigt  
**Sascha Humpe**, unentschuldigt  
**Dennis Klingenberg**, entschuldigt  
**Ralf Schwarz**, entschuldigt

### **Gäste**

**Klaus Dunker**, Polizeirevier Blumenthal  
**Roland Meins**, Polizeirevier Blumenthal

## Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Beiratssitzung vom 13.10.2014 und der nicht-öffentlichen Beiratssitzungen vom 13.10.2014 und vom 17.10.2014
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. des Beiratssprechers
4. (19:20 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:25 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
  - a. Gewichtsbegrenzung für LKWs im Steenkühlenweg
  - b. Verkehrssituation an der KiTa Reepschläger Straße
  - c. Verkehrssituation Ecke Neuenkirchener Straße / Turnerstraße
  - d. "Tanklager Farge: Weiterhin bestehende gesundheitliche Gefahren (durch anomal hohe Krebsrisiken und drohende Kontamination des Trinkwassers)"
6. (19:40 Uhr) Korrektur des Beschlusses zu TOP 6 der Beiratssitzung vom 15.09.2014
7. (19:50 Uhr) Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zur Videoüberwachung des Bolzplatzes auf der Bahrsplate. Zu diesem TOP gilt § 15 Abs. 2 OBG.
  - a. Bürgerantrag: Videoüberwachung Bolzplatz
  - b. Bündnis 90 / Die Grünen: Antrag Videoüberwachung Bolzplatz  
Dazu:  
Die Linke: Änderungs- und Ergänzungsantrag
8. (20:00 Uhr) entfällt
9. (21:00 Uhr) Beschlussfassung Sitzungskalender 2015
10. (21:05 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
  - a. CDU: Antrag Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal  
Dazu:  
Die Linke: Änderungsantrag zum CDU-Antrag zur Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal]  
SPD: Änderungsantrag zum CDU-Antrag zur Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal
  - b. Die Linke – Anfrage zur Unterbringung der umF in der Rekumer Straße 12
  - c. CDU – Fragenkatalog zum Projekt „Rekumer Straße 12“, Unterkunft von Jugendlichen ohne elterliche Begleitung
11. (21:20 Uhr) Verschiedenes

### TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und lässt vorab klären, ob ein anwesender Medienvertreter die Erlaubnis erhalten soll, die Sitzung zu filmen.

Auf Nachfrage von Frau Krohne und Herrn Thormeier erklärt der Medienvertreter, dass er für „BremenReporter.tv“ arbeite, aber leider keinen gültigen Presseausweis dabei habe.

Daraufhin erklären mehrere Beiratsmitglieder, dass sie nicht damit einverstanden sind, dass die Sitzung gefilmt wird.

In dem Zusammenhang fragt Frau Krohne, ob dem Ortsamtsleiter bekannt sei, wo das Filmmaterial der Sitzung vom 15.09.2014 gezeigt werde oder wurde.

Herr Nowack glaubt, dass der Film auf Weser-TV gezeigt werden sollte, er wisse aber nicht, ob und wann das geschehen sei.

Zur Tagesordnung erklärt Herr Nowack, dass der TOP 8 entfällt, weil er den TOP abgesagt habe.

Die Tagesordnung wird dann einstimmig genehmigt.

## **TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Beiratssitzung vom 13.10.2014 und der nicht-öffentlichen Beiratssitzungen vom 13.10.2014 und vom 17.10.2014**

Von Frau Krohne wurde per Mail folgende Änderung für das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 13.10.2014 beantragt:

*Seite 5: "Frau Krohne gibt eine persönliche Erklärung ab". Dieses muss um den Inhalt der Erklärung ergänzt werden, der sicherlich im genauen Wortlaut dem Mitschnitt der Sitzung zu entnehmen ist.*

Hierzu verweist Herr Nowack auf die Geschäftsordnung (GO), § 5 Absatz 3 Satz 2:  
*„... Das Wort zur Abgabe einer persönlichen Erklärung kann auch noch nach Schluss der Abstimmung erteilt werden.“*

Das wurde protokolliert.

Der § 10 Absatz 6 (GO besagt:

*„Jedes Beiratsmitglied kann während der Sitzung jederzeit verlangen, dass bestimmte Ausdrücke, Redewendungen oder Feststellungen im Wortlaut festgehalten werden.“*

Das wurde nicht verlangt. Also müsse der Wortlaut der persönlichen Erklärung auch nicht zwingend im Protokoll erscheinen.

Frau Krohne erklärt dazu, sie habe ausdrücklich darum gebeten, den Wortlaut in das Protokoll aufzunehmen, ob sie dies nachträglich oder während der Sitzung erkläre, wäre egal. So ergebe der Satz keinen Sinn.

Herr Nowack meint, wenn wörtlich protokolliert werden solle, müsse dies während der Sitzung verlangt werden.

Herr Schurr sagt dazu, dass auch er am 03.11. beantragt hätte, den Wortlaut der persönlichen Erklärung zu ergänzen. Für ihn bedeute der Mehrwert eines Protokolls, dass dem Inhalt zu folgen sei. Ohne die Protokollierung der persönlichen Erklärung sei der Mehrwert nicht gegeben.

Herr Nowack erwidert, Herr Schurr habe in seiner Mail nur eine Anmerkung gemacht, der allerlei Bemerkungen folgen würden. Ein wichtiger Hinweis sei aber doch erfolgt:

Statt „brewa“ müsse es „Brewa Umweltservice GmbH“ heißen. Dieser Änderungsvorschlag werde gern übernommen.

Zusammenfassend erklärt Herr Nowack noch einmal, dass gemäß Geschäftsordnung und Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter (OBG) derjenige, der eine Änderung oder Ergänzung des Protokolls verlange, genau beschreiben müsse, was genau geändert werden solle und wie die neue Formulierung sein solle.

Bei einer Ergänzung müsse genau gesagt werden, wie die Ergänzung lauten solle.

Herr Schurr verweist auf ein Schreiben, dass er am 14.10.2014 bezüglich der Videoüberwachung an die Senatskanzlei gesandt habe um klären zu lassen, wie die Rechtsansicht der Senatskanzlei zur Protokollführung durch Herrn Nowack sei. Da er darauf noch keine Antwort erhalten habe, beantragt er die Aussetzung der Genehmigung des Protokolls bis zur Klärung.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen.

Die Genehmigung des Protokolls wird damit bis zur Klärung der Anfrage von Herrn Schurr an die Senatskanzlei ausgesetzt.

Über die Genehmigung des Protokolls der nichtöffentlichen Sitzung vom 13.10.2014 wird abgestimmt.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.  
Das Protokoll ist damit genehmigt.

Über die Genehmigung des Protokolls der außerordentlichen nichtöffentlichen Sitzung vom 17.10.2014 wird abgestimmt.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.  
Das Protokoll ist damit genehmigt.

### **TOP 3: Mitteilungen**

- a. aus dem Ortsamt**
- b. des Beiratssprechers**

3 a.

Herr Nowack berichtet Folgendes:

- Am 09. und 16. Oktober fanden wichtige Gespräche zur Schaffung einer neuen Kita im Blumenthaler Zentrum statt.  
Es besteht Übereinstimmung mit der Sozialbehörde, dass eine Kita mit ca. 100 Plätzen für Kinder von 0 bis 6 Jahren dringend benötigt wird.  
Am 16. Oktober hat die Vertreterin von Kita Bremen erklärt, dass Kita Bremen als Trägerin auftreten und einen Mietvertrag über 20 Jahre abschließen wollen.

Aufgrund des Sprachgebrauchs von Herrn Nowack verlangt Frau Krohne zu wissen, wer „WIR“ ist.

Nachdem der Zusammenhang geklärt ist, erläutert Herr Nowack, dass, wenn das „WIR“ wichtig sei, es sich hier um den Ortsamtsleiter, KiTa-Leitungen und Vertreter der Sozialbehörde handele. Er ruft dazu auf, potentielle Investoren beim Ortsamt zu melden.

- Am 17. Oktober fand eine außerordentliche nichtöffentliche Sitzung des Beirats statt. Thema war die von der Sozialbehörde geplante „robuste Unterbringung von strafrechtlich auffällig gewordenen minderjährigen Flüchtlingen“ in der Rekumer Str. 12.  
Am 24. Oktober fand im Haus der Bürgerschaft eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Farger und Rekumer Ortsvereine und Institutionen statt.  
Die Staatsräte Horst Frehe (Soziales) und Holger Münch (Inneres) erläuterten den Vertretern die Beweggründe für die Entscheidung pro Rekumer Straße 12.  
Am 20. Oktober hat der Koordinierungsausschuss den Fahrplan der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema beschlossen. Die Einwohnerversammlung gemäß § 6 Abs. 1 OBG findet am 24. November 2014 um 18.30 Uhr in der Schützenhalle Farge, Betonstraße statt.  
Zugesagt haben bereits:  
Staatsrat Horst Frehe (Soziales)  
Staatsrat Prof. Matthias Stauch (Justiz)  
Polizeipräsident Lutz Müller (Inneres)
- Am 27. Oktober fand die Bauabnahme des neuen Deichs an der Bahrsplate statt. mit dem Ergebnis, dass Alles hervorragend gelungen sei. Der Deich und die Nebenanlagen sind den Herausforderungen gewachsen.
- Am 27. Oktober gab es ein Treffen mit den Vertretern der Facebook-Gruppe „Rekumer Straße 12 Nicht mit uns“. Teilnehmer waren die Herren Thormeier und Schupp für den Beirat und Herr Kannenberg als Projektleiter sowie die Herren Balz, Baxmann und Seidl aus der Facebook-Gruppe.  
Man habe sich die Forderungen der Gruppenvertreter angehört, ihre Fragen aufgenommen und an die Sozialbehörde weitergeleitet sowie die andere Sicht der Dinge erläutert.  
Herr Thormeier hat zu dem Treffen ein Protokoll erstellt, dass den Teilnehmern und den Beiratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde.

Zum Treffen mit der Facebook-Gruppe hat Herr Schurr eine Nachfrage. Er beantragt, den folgenden Dialog wörtlich zu protokollieren (Tonbandmitschnitt):

Herr Schurr: Gestatten Sie dazu eine Rückfrage.

Herr Nowack: Selbstverständlich.

Herr Schurr: Sie haben gerade erklärt, dass die Anwesenden sich sozusagen für den Beirat gesprochen haben und dass sozusagen auch offizieller Termin nicht im Ortsamt und Vertretern des Beirates war. Ist das richtig?

Herr Nowack: Nein.

Herr Schurr: Wie darf ich das dann verstehen? War das ein konspiratives Treffen?

Herr Nowack: Wenn das ein offizieller Termin gewesen wäre, hätten die Herren Sitzungsgeld gekriegt. Haben sie aber nicht.

Herr Schurr: Gut. Also wenn es sozusagen, darf ich feststellen, dass die Herren für den Beirat gesprochen haben, wie Sie gerade erwähnt haben.

Herr Nowack: Die haben erläutert, wie die Sicht der Dinge ist, ja. Im Beirat.

Herr Schurr: Aha. Darf ich dann nochmal wissen, warum dann private Treffen von privaten Menschen innerhalb einer öffentlichen Einrichtung stattfinden und nicht in der Kneipe um die Ecke?

Herr Nowack: Weil das so ist.

Herr Schurr: Und dann darf ich Sie noch einmal fragen, warum uns dann ein Protokoll geliefert ist, was dem Beirat als Grundlage für seine Arbeit zugestellt wird aus privaten konspirativen Treffen.

Herr Nowack: Ja, weil wir gedacht haben, es ist gut, wenn die Beiratsmitglieder wissen, was da besprochen worden ist.

Herr Schurr: Gut. Dann stell ich jetzt den Antrag, dass das Protokoll nicht, es ist sozusagen das Ergebnis dass das Protokoll nichts mit Beirätearbeit zu tun hat und stelle fest, dass diese Herren ohne ein Votum des Beirates wie von Ihnen gegenwärtig nicht für den Beirat gesprochen haben. Das haben Sie ja gerade gesagt.

Herr Nowack: Was Sie feststellen, Herr Schurr, oder nicht, das kann ich Ihnen nicht vorschreiben.

Herr Schurr: Das ist richtig. Aber ich hätte diese Äußerungen von Ihnen gerne nochmal protokolliert im Protokoll, nicht dass Sie darauf hinweisen im nächsten Protokoll, dass ich das nicht beantragt hätte und deswegen beantrage ich hiermit, dass unser Dialog jetzt hier wörtlich im Protokoll sich wiederfindet.

Herr Nowack: Das wird natürlich schwierig werden.

(Ende Tonbandmitschnitt.)

Frau Krohne meint, Herr Nowack hätte eben gesagt, dass Herr Schupp und Herr Thormeier für den Beirat daran teilgenommen hätten. Sie stellt fest, dass diese beiden nicht für den Beirat legitimiert waren und dass die Fraktionen der Linken und der Grünen ausgegrenzt wurden. Außerdem habe man sich im Ortsamt mit Vertretern von Parteien getroffen, die man sonst an die Wand stellen würde, was sie auch ein bisschen merkwürdig fände. Sie erwarte dazu eine Erklärung.

Da sich kein weiteres Beiratsmitglied zu dem Thema äußert, konstatiert Herr Nowack, dass damit alles festgestellt wurde.

Frau Krohne möchte dies ebenfalls protokolliert haben.

- Mit Wirkung vom 04.11.2014 wurde die Verkehrsanordnung für die Verlegung der Bushaltestelle Buschdeel erlassen. Damit wurde ein Beschluss des Beirats vom April 2014 umgesetzt und das Umsteigen wird durch kürzere Wege erleichtert. Hierzu wurde kurzfristig ein Bürgerantrag eingereicht, zu dem der Antragsteller unter TOP 5 das Wort bekomme.

3 b.

Herr Nowack erklärt, dass zurzeit eine Beirätekonferenz laufe. Das Ortsamt habe bereits mitgeteilt, dass der Termin sehr unglücklich sei, da zeitgleich eine Beiratssitzung in Blumenthal stattfinde, weswegen vom Blumenthaler Beirat kein Vertreter an der Konferenz teilnehmen. Es wurde darum gebeten, zukünftig auf die regelmäßigen Beiratssitzungen zu achten und die Terminansetzungen für die Beirätekonferenz entsprechend zu koordinieren.

#### **TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

Herr Thormeier bittet darum, an die öffentliche Sitzung einen nichtöffentlichen Teil anzuschließen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Frau Krohne erinnert an ihre Nachfrage aus der letzten Sitzung dahingehend, welche Informationen Neubürger im Bereich Tanklager Farge bekommen.

Weiter zeigt sie sich irritiert darüber, dass auf der nichtöffentlichen Sitzung am 13.10.2014 der Beirat über die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) in der Ringofenstraße unterrichtet wurde und sie später erfahren habe, dass diese Informationen aus einer nichtöffentlichen Sitzung von Herrn Schupp an seine Nachbarn, von der CDU in der Kirche und vom Ortsamtsleiter auf Facebook weitergegeben wurden. Ihrer Ansicht nach könnten solche Informationen dann gleich öffentlich bekannt gegeben werden.

Herr Schupp erklärt, dass er von Nachbarn auf die neuen Bewohner angesprochen wurde und lediglich erklärt habe, dass diese von der Sozialbehörde dort untergebracht wurden und es sich um friedliche Jugendliche handele.

Herr Thormeier erklärt, er habe bei Mahlzeit Farge lediglich die Informationen der am 17.10.2014 abgesprochenen Pressemitteilung kundgetan.

#### **TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

- a. **Gewichtsbegrenzung für LKWs im Steenkuhlenweg**
- b. **Verkehrssituation an der KiTa Reepschläger Straße**
- c. **Verkehrssituation Ecke Neuenkirchener Straße / Turnerstraße**
- d. **"Tanklager Farge: Weiterhin bestehende gesundheitliche Gefahren (durch anomal hohe Krebsrisiken und drohende Kontamination des Trinkwassers)"**

##### a: Gewichtsbegrenzung für LKWs im Steenkuhlenweg

Die Antragstellerin erläutert den Bürgerantrag und überreicht eine Unterschriftenliste.

Ohne weitere Aussprache wird über den Bürgerantrag abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Bürgerantrag wird damit unterstützt.

##### b: Verkehrssituation an der KiTa Reepschläger Straße

Frau Krohne empfindet den Verkehr in der Reepschläger Straße nicht unbedingt als Durchgangsverkehr. Laut Anwohnern handele es sich hauptsächlich um Anliegerverkehr oder um Leute, die ihre Kinder zur KiTa bringen würden. Wenn diese sich alle gegenseitig behindern würden, wäre es ihr eigenes Problem.

Auf Nachfrage von Herrn Thormeier erklärt Herr Meins, aus Sicht der Polizei sei es kein Problem, Poller auf den Bürgersteig zu setzen.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Bürgerantrag wird damit unterstützt.

##### c: Verkehrssituation Ecke Neuenkirchener Straße / Turnerstraße

Ohne weitere Aussprache wird über den Bürgerantrag abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Bürgerantrag wird damit unterstützt.

d: "Tanklager Farge: Weiterhin bestehende gesundheitliche Gefahren (durch anomal hohe Krebsrisiken und drohende Kontamination des Trinkwassers)"

Ohne weitere Aussprache wird über den Bürgerantrag abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Bürgerantrag wird damit unterstützt.

Der vorliegende Bürgerantrag „Bushaltestelle Buschdeel am vorhanden Standort belassen“ wird von einem der Antragsteller (Bürger A) erläutert. Der Antragsteller überreicht weitere Unterschriftenlisten.

Herr Nowack erklärt dazu, dass die Fraktionen aufgrund der kurzfristigen Einreichung des Bürgerantrags bisher keine Beratung darüber ermöglichen konnten und der Antrag daher in der nächsten Beiratssitzung behandelt werde.

Sollte der Bürgerantrag angenommen werden, müsse dazu ein bestehender Beiratsbeschluss aufgehoben werden.

Bürger B meint, der Wendepunkt für Busse sei unglücklich gewählt worden und zu klein.

Wenn die Bushaltestelle näher an den Buschdeel rücke, sei die Situation besser. Zwar würde es gemäß dem St.-Florian-Prinzip niemanden gefallen, wenn er eine Bushaltestelle vor dem Haus hätte, aber irgendwo müsse diese ja hin.

Bürgerin C erklärt, sie arbeite beim Pflegedienst Bremen-Nord und betreue u. a. die Seniorenwohnanlage. Sie appelliert an den Beirat zu beachten, dass von 120 Senioren etwa 60 % einen Rollator benötigten und die nahe Bushaltestelle für diese eine enorme Lebensqualität bedeute. 20 bis 30 m Entfernung mehr sei für die Senioren so viel wie ½ Km für andere. Zudem sei eine Senke zu durchqueren.

Bürger D meint, er habe die Bushaltestelle jetzt links von seinem Haus, nach einer Verlegung wäre sie rechts von seinem Haus. Im Grunde sei ihm der Standort „schieftal“. Er frage sich aber, warum nun der alte Bau wieder hinfällig werde und warum nicht von vornherein anders geplant wurde. Das Geld könnte für etwas anderes genutzt werden.

Bürger E von der Gruppe „Rekumer Straße – nicht mit uns“ erklärt, sein Anliegen sei das Gleiche wie vor ein paar Wochen. Der bisherige Fragenkatalog wurde jedoch ergänzt.

Bürger E verkündet die neuen Fragen und macht einige Anmerkungen dazu.

Zwischendurch wird Bürger E vom Ortsamtsleiter dahingehend ermahnt, dass er zwar seine Fragen stellen könne, aber niemand das Recht habe, Beiratsmitglieder zu attackieren.

Im Anschluss verliest Herr Nowack eine im Vorfeld von der Gruppe verteilte „Einladung zur Podiumsdiskussion“ und erläutert die Terminlage. Er verweist noch einmal auf die geplante Einwohnerversammlung am 24.11.2014, zu der alle Verantwortlichen kommen würden und Fragen beantworten könnten.

Herr Nowack erklärt noch einmal, dass die Zuständigkeit für die getroffenen Entscheidungen nicht beim Ortsamt oder beim Beirat liege. Verantwortlich seien Der Senator für Inneres und Sport, Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sowie der Senator für Justiz.

Der Beirat sei lediglich vorher informiert worden, weil die Angelegenheit von öffentlichem Interesse sei. Es sei aller Ehren wert, dass der Beirat informiert wurde, da es hierzu keine Verpflichtung gebe und der Beirat rechtlich nicht beteiligt werden müsse.

Der Beirat könne die gestellten Fragen an die zuständigen Ressorts weitergeben. Es werde jedoch heute keine Antworten auf die Fragen geben, da der Beirat gar nicht in der Lage sei, diese zu beantworten.

Es folgt eine Diskussion der Bürger zum Projekt „Rekumer Straße 12 – Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen“.

Bürger F gibt an, er wäre selber einmal Jugendlicher bei „Wildfang“ gewesen und verstehe nicht, warum das Projekt nach Farge gebracht worden wäre.

Bürger E versteht nicht, dass der Blumenthaler Beirat nichts zu sagen gehabt hätte und nichts machen konnte. Er fragt, warum in Strom die Bevölkerung mitgenommen wurde und der Beirat involviert war.

Herr Nowack erläutert, dass Bürger E da falsch informiert sei. Die Unterbringung in Strom sei entgegen des Beiratsvotums trotzdem erfolgt. Informationen dazu habe der dortige Beirat auch erst erhalten, als die Jugendlichen schon dort gewohnt hätten. Das dortige Projekt sei

erst geplatzt, als bekannt wurde, dass es ein Strafverfahren gegen den Hotelbesitzer gebe, da das Land Bremen keine Geschäfte mit Straftätern tätigen dürfe. Da gegen den Pächter ermittelt wird, wurde nach Ausweichmöglichkeiten gesucht. Die Beteiligung sei auch in Strom nicht optimal gewesen.

Bürger G hat weitere Fragen zum Projekt, die er verliest und schriftlich überreicht. Der Beirat beschließt einstimmig, auch diese Fragen an die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sowie an den Senator für Inneres und Sport weiterzuleiten.

Die Diskussion wird fortgeführt.

Bürger H ist der Ansicht, die miese Luft und die Atmosphäre der kürzlich stattgefundenen Versammlung in einer Farger Gaststätte entsprächen der geistigen Atmosphäre der dort Anwesenden. Man solle sich ins Stammbuch schreiben, dass Demokratie substantiell vom „Miteinander sprechen“ lebe und nicht davon, dass man übereinander herfalle. Menschen, die man nicht kenne, würden angegriffen und damit stigmatisiert werden. Man solle dem Projektleiter Herrn Kannenberg einen Vertrauensvorschuss zugestehen und akzeptieren, dass das Projekt von vielen Nachbarn angenommen werde.

Bürger I möchte wissen, warum das Sozialressort, das ja nur Geschäfte mit Leuten machen dürfe, die einen einwandfreien Leumund haben, mit Herrn Kannenberg Geschäfte machen würde, der seiner Ansicht nach ein Ex-Junkie und Ex-Knackie sei.

Bürger J erklärt, er hätte 30 Jahre lang im Strafvollzug gearbeitet. Seiner Ansicht nach gehöre jeder, der straffällig werde, in den Knast.

Herr Nowack wirft ein, das möge wohl sein, wenn derjenige denn auch verurteilt worden wäre.

Bürger J meint weiter, Schwierigkeiten würden auch über die Sprache entstehen.

Missverständnisse würden da entstehen, wo kein Deutsch verstanden werde. Er versteht nicht, warum die Jugendlichen kein Deutsch sprechen. Das könnten sie im Knast lernen und erst dann auf die Öffentlichkeit losgelassen werden. Für Bürger J ist es ungeheuerlich, dass jemand, der eine andere Meinung zu dem Projekt vertritt, gleich in die rechte Ecke gestellt werde. Er ist enttäuscht von der Presse, die auf der Seite der Politik stehe. So seien falsche Angaben, die z. B. der Leiter von Gut Hohehorst an die Medien gegeben habe, einfach von dieser übernommen worden. Gut Hohehorst sei schon Zweigstelle des Blumenthaler Krankenhauses sowie eine Therapiestelle für Bremer Jugendliche gewesen. Warum solle also die Nutzung für das Projekt nicht möglich sein? Weiter merkt Bürger J an, dass er auch durch seine Tochter betroffen sei, deren Wohnung in der Ladenzeile nicht mehr vermietbar sei.

Herr Nowack erläutert den weiteren Diskussionsablauf. Es sei zwar gut, dass die Bürger sich äußern könnten, jedoch sei diese Beiratssitzung nicht das richtige Forum. Keiner der Anwesenden, weder Polizei noch Beirat oder Ortsamt sei verantwortlich für das Projekt.

Bezugnehmend auf die Äußerungen zu den Presseberichten meint er, der Raum für Pressebotschaften sei in der Regel begrenzt. Der Blumenthaler Beirat habe sich in der nichtöffentlichen Sitzung das Thema angehört, über das Konzept beraten und entschieden, dass das Konzept eine Chance haben solle. Die Medienschelte halte er für unangemessen.

Herr Nowack bittet, sich die Fragen für den 24. November aufzusparen und dann den Vertretern des Sozialressorts zu stellen. Er schlägt vor, noch 3 Wortmeldungen zuzulassen und das Thema dann zu beenden.

Bürger K fühlt sich wohl mit Migrant\*innen in seinem Umfeld. Er arbeite in einer Willkommensinitiative, die kürzlich ein Sommerfest gefeiert habe. In dortigen Gesprächen wäre herauszuhören gewesen, dass die meisten Menschen wieder in ihre Mutter- bzw. Vaterländer zurückwollten, sobald dort Bedingungen geschaffen seien, die ein friedliches Leben ermöglichen. Bürger K meint, wenn er höre, wie hier über Kriminelle geurteilt werde, fühle er sich auch kriminell. Er fühle sich macht- und hilflos, schließlich sei bisher noch keiner der Jugendlichen verurteilt worden. Er schäme sich für die aufgeheizte Stimmung und würde sich genauso viel Engagement wünschen, wenn es um hilfsbedürftige Blumenthaler gehe.

Bürger L freut sich über die Migrant\*innen. Die Jugendlichen seien alle nicht verurteilt worden, aber hier werde so getan, als handele es sich um Schwerverbrecher, die hier im Knast säßen. Er merkt an, dass Gut Hohehorst noch nie zum Blumenthaler Krankenhaus gehört habe.



Bürger E fordert abschließend, dass der wirtschaftliche Stand der Makarenko Schifffahrt GmbH überprüft werde. Außerdem solle das Gebäude „Rekumer Str. 12“ überprüft werden. Er bezweifelt, dass das Gebäude für die jetzige Nutzung geeignet ist, da es nicht ordentlich hergerichtet sei.

Hinweis: alle angenommenen Bürgeranträge sind auf der Homepage des Ortsamts Blumenthal einsehbar.

#### **TOP 6: Korrektur des Beschlusses zu TOP 6 der Beiratssitzung vom 15.09.2014**

Herr Wolpmann übernimmt die Sitzungsleitung und erläutert, dass der Beirat am 15.09. für die Beiratsmitglieder Eike Schurr und Gabriele Kröger-Schurr ein Mitwirkungsverbot gemäß § 20 Abs. 1 OBG beschlossen hatte.

Die Rechtmäßigkeit des Beschlusses wurde dem Referat Verfassung des Senators für Justiz vorgelegt und dort überprüft.

Auf der Grundlage dieser Ausführungen bat die Senatskanzlei das Ortsamt Blumenthal, darauf hinzuwirken, dass der Beirat Blumenthal seine Entscheidung korrigiert.

Trotzdem hat der Beirat seinen Beschluss in der Sitzung am 13.10.2014 aufrechterhalten.

Das Ortsamt hat daraufhin am 16.10.2014 die Rechtmäßigkeit des Beschlusses angezweifelt. Das wurde dem Beirat mitgeteilt und die Aufsichtsbehörde wurde um eine Rechtsauskunft gebeten.

Die Rechtsauskunft ist am 30.10.2014 eingegangen und die Kernaussagen wurden den Mitgliedern des Koordinierungsausschusses am 03.11.2014 mitgeteilt. Mittlerweile haben alle Beiratsmitglieder die Auskunft erhalten.

Die befangenen Beiratsmitglieder hätten an der Beschlussfassung zu den Befangenheitsfragen nicht mitwirken dürfen.

Für das Beiratsmitglied Eike Schurr liegt kein Befangenheitsgrund vor. Damit liegt auch für seine Mutter Gabriele Kröger-Schurr kein Befangenheitsgrund vor.

An den folgenden Beratungen und Abstimmungen dürfen daher die Beiratsmitglieder Peter Geis, Helma Stitz und Andreas Pfaff nicht teilnehmen.

Herr Schurr meint, dass, wenn er das richtig verstanden habe, nach § 16 Absatz 4 Satz 3 OBG die Beanstandung aufschiebende Wirkung habe und sowohl er als auch Frau Kröger-Schurr mit über ihre Befangenheit abstimmen dürften.

Da Herr Wolpmann das OBG nicht vorliegen hat, kann er zu dem Paragraphen keine Auskunft geben. Eine nur mögliche Interpretation lehnt er ab, verweist aber darauf, dass mit der folgenden Abstimmung die Befangenheit ja aufgehoben werden solle.

Herr Thormeier macht den „Vorschlag zur Güte“, ohne die Beteiligung von Herrn Schurr und Frau Kröger-Schurr abzustimmen, da er sowieso davon ausgehe, dass die Befangenheit aufgehoben werde.

Es folgt die Abstimmung. Frau Kröger-Schurr, Herr Schurr, Herr Pfaff und Frau Stitz stimmen nicht mit.

#### Abstimmungstext:

*Wer dafür ist, dass im September beschlossene Mitwirkungsverbot für Eike Schurr und Gabriele Kröger-Schurr aufzuheben, wird um das Handzeichen gebeten.*

Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.  
Das Mitwirkungsverbot ist damit aufgehoben.

#### **TOP 7: Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zur Videoüberwachung des Bolzplatzes auf der Bahrsplate. Zu diesem TOP gilt § 15 Abs. 2 OBG.**

- a. **Bürgerantrag: Videoüberwachung Bolzplatz**
- b. **Bündnis 90 / Die Grünen: Antrag Videoüberwachung Bolzplatz**

#### Dazu:

**Die Linke: Änderungs- und Ergänzungsantrag**

a: Bürgerantrag: Videoüberwachung Bolzplatz

Die Abstimmung erfolgt ohne weitere Aussprache. Frau Stitz und Herr Pfaff stimmen nicht mit ab.

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen  
Der Bürgerantrag wird damit unterstützt.

b: Bündnis 90 / Die Grünen: Antrag Videoüberwachung Bolzplatz

Dazu:

Die Linke: Änderungs- und Ergänzungsantrag

Herr Schurr erklärt, der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sei für seine Fraktion plausibel und werde daher übernommen.

Es folgt die Abstimmung. Frau Stitz und Herr Pfaff stimmen nicht mit ab.  
Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.  
Der Antrag ist damit angenommen.

Herr Wolpmann übergibt die Sitzungsleitung wieder an Herrn Nowack.

Der Antragsteller des Bürgerantrags fragt nach, wann er mit einer Antwort rechnen könne.  
Herr Wolpmann erwidert, er hoffe auf Antworten innerhalb von sechs Wochen.

**TOP 8: entfällt****TOP 9: Beschlussfassung Sitzungskalender 2015**

Herr Nowack erläutert kurz, dass die letzte Sitzung des jetzigen Beirats in dieser Legislaturperiode am 11.05.2015 stattfinden soll. Die konstituierende Sitzung des neuen Beirats ist für den 08.06.2015 geplant.

Über die vorgeschlagenen Sitzungstermine wird abgestimmt.  
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.  
Der Sitzungskalender 2015 ist damit angenommen.

**TOP 10: Anfragen und Anträge der Parteien**

- a. **CDU: Antrag Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal**  
Dazu:  
**Die Linke: Änderungsantrag zum CDU-Antrag zur Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal]**  
**SPD: Änderungsantrag zum CDU-Antrag zur Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal**
- b. **Die Linke – Anfrage zur Unterbringung der umF in der Rekumer Straße 12**
- c. **CDU – Fragenkatalog zum Projekt „Rekumer Straße 12“, Unterkunft von Jugendlichen ohne elterliche Begleitung**

a: CDU: Antrag Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal

Dazu:

Die Linke: Änderungsantrag zum CDU-Antrag zur Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal]

SPD: Änderungsantrag zum CDU-Antrag zur Einrichtung von nicht-ständigen Ausschüssen für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und dem Beirat Blumenthal

Herr Thormeier erklärt, er wolle sich mit Herrn Schupp noch über einen gemeinsamen Antrag abstimmen, sei aber wegen Termenschwierigkeiten noch nicht dazu gekommen. Deswegen beantragt er Vertagung. Dem wird einstimmig zugestimmt.

b: Die Linke – Anfrage zur Unterbringung der umF in der Rekumer Straße 12

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.  
 Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.  
 Die Anfrage wird damit angenommen.

c: CDU – Fragenkatalog zum Projekt „Rekumer Straße 12“, Unterkunft von Jugendlichen ohne elterliche Begleitung

Herr Schurr meint, der Antrag enthalte fachlich unsinnige Fragen, wie z. B. die, ob das Haus gegen Rechtsradikale gesichert sei. So etwas müsse raus, sonst könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Nowack meint, diese Fragen seien Fragen der Bürger, über deren Sinn man nicht befinden könne.

Frau Krohne hält die Sprachwahl für einen Antrag der CDU für sehr schräg.

Herr Nowack schlägt vor, den Antrag, so wie er ist, an die Behörde weiterzuleiten.

Herr Thormeier meint, er sei gerne bereit, die Wortwahl zusammen mit Herrn Wolpmann noch zu entschärfen.

Herr Schurr wendet ein, damit würde ein Vorratsbeschluss geschaffen, den er leider aufgrund bisheriger Erfahrungen nicht teilen könne.

Herr Schupp bittet um Abstimmung.  
 Da es keine Gegenrede gibt, wird über den Antrag abgestimmt.  
 Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.  
 Der Antrag ist damit angenommen.

Herr Thormeier erklärt, er werde sich trotzdem noch mit Herrn Wolpmann zusammensetzen.

### TOP 11: Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

- 12.11.2014 ab 14.00 Uhr – Tag der offenen Tür im Freizi Farge
- 17.11.2014 um 17.00 Uhr tagt der Ausschuss für Bildung, Kinder- und Jugendangelegenheiten in der OS an der Lehmhorster Straße zum Thema „Wahl eines Jugendbeirates“
- 20.11.2014 18.30 Uhr - LSB-Sportdialog am Bockhorner Weg
- 24.11.2014 18.30 Uhr – Einwohnerversammlung zum Thema „intensivpädagogische Betreuung strafrechtlich auffällig gewordener unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“
- 08.12.2014 19.00 Uhr öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße

Bürger M meldet Bedenken an zur Ankündigung von Herrn Thormeier, den beschlossenen Antrag im Nachgang noch ändern zu wollen. Das sei nicht zulässig.

Herr Thormeier erwidert, die CDU könne eigene Veränderungen vornehmen. Änderungen würden nicht im Namen des Beirats erfolgen.

Herr Schurr hätte gerne gewusst, ob sich auf der Facebook-Seite der SPD-Beiratsfraktion tatsächlich Frau Stitz dort geäußert hätte oder wer für diese Seite verantwortlich sei. Frau Stitz erklärt, die Beiträge auf Facebook würden in Abstimmung mit der Fraktion veröffentlicht.

Herr Schurr meint, es sei dort kein Impressum zu finden.

Frau Stitz erklärt, das Impressum werde gerade nachbearbeitet.

.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.  
Es folgt ein nicht-öffentlicher Teil.

gez. Nowack

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Schupp

\_\_\_\_\_  
Beirat (Herr Schupp)

gez. Rohde

\_\_\_\_\_  
Protokoll